ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Küntzel, U.

Article — Digitized Version

Die Entwicklung des Reallohnniveaus: Ein Vergleich der Situation in Deutschland und den USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Küntzel, U. (1949) : Die Entwicklung des Reallohnniveaus: Ein Vergleich der Situation in Deutschland und den USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 29-31

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/130875

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

U M S C H A U

Die Entwicklung des Reallohnniveaus

Ein Vergleich der Situation in Deutschland und den USA

Dr. U. Küntzel, Hamburg

Der verfügbare Vorrat an Gütern aus laufender Produktion und aus früheren Produktionsperioden (Güter langfristigen Verbrauchs) ist heute in Deutschland wesentlich geringer als vor dem Kriege. Eine einfache Rechnung zeigt, daß demnach für den Einzelnen weniger zur Verfügung stehen kann, daß also die Reallöhne unvermeidlich niedriger sein müssen. Scheinbar ergibt sich daraus, daß sich die westdeutsche Wirtschaft „großhungern" muß, d. h. daß sie zunächst Produktivität und Produktion erhöhen muß, um aus dem so vergrößerten Gütervorrat die Reallöhne erhöhen zu können.

Ein so tiefes Sinken des Reallohnes wie heute bleibt indessen nicht ohne Rückwirkung auf die Produktivität. Nach der klassischen Volkswirtschaftslehre tendiert der Lohn nach dem Existenzminimum. Das ist im Kern richtig, jedoch ist das Existenzminimum nicht starr. Die moderne Industrie benötigt in der Hauptsache nicht, wie in der „industriellen Revolution", d. h. in England bis vor hundert, in Deutschland bis vor sechzig Jahren, ungelernte Arbeiter von beliebiger Lebenserwartung und physischer Leistungsfähigkeit, sondern hochqualifizierte Arbeiter, mit einem oft sehr beträchtlichen Maß naturwissenschaftlich-technischer Kenntnisse und hoher Arbeitsdisziplin, die nur unter beträchtlichen Kosten als einzelne und als soziale Gruppe herangezogen und erhalten werden können. Diese Kosten stecken heute im Existenzminimum der Industriearbeiterschaft. Eine totalitäre Zwangswirtschaft mag für ein Jahrzehnt oder noch länger durch Fürsorgemaßnahmen aller Art für freie Arbeiter, Zwangsarbeit für unfreie Arbeiter und durch politischen Terror die mit der Produktivitätserhöhung einhergehende Reallohnsteigerung bremsen, auf die Dauer bremst sie dadurch jedoch die Erhöhung der Produktivität. Das schlagendste Beispiel hierfür ist die deutsche Landwirtschaft, der durch die Zwangsverpflichtung der Landarbeiter zur Weiterarbeit in der Landwirtschaft, durch das Landarbeitsjahr und von 1939 an durch Stellung von Kriegsgefangenen die Notwendigkeit der Betriebsrationalisierung erspart blieb und die daher gegenüber dem internationalen Niveau in Rückstand geriet.

GEGENWÄRTIGER STAND IN DEUTSCHLAND

Der heutige tiefe Stand der Reallöhne in Deutschland ist allmählich erreicht worden. Der Reallohnrückgang dauert in Deutschland mit geringen Unterbrechungen seit 1930 an, er ist in den Jahren 1934-39 nur gehemmt, nicht wirklich aufgehalten oder gar rückgängig gemacht worden. Die Wiederherstellung des Streik- und Koalitionsrechts eröffnet die Möglichkeit, zu dem freien Ausspielen des Lohnniveaus zurückzukehren. Jedoch sind neue Hindernisse aufgetreten, und zwar ein außerordentlicher Produktivitätsrückgang durch Zerstörung, Abnutzung und Veralten der sachlichen Produktionsmittel und durch Störung der volks- und betriebswirtschaftlichen Organisation. Bestimmte Störungen sind durch die Währungsreform beseitigt worden, diese hat daher eine sehr merkliche Erhöhung von Produktivität und Produktion ermöglicht. Weitere Fortschritte sind jedoch nur durch Investitionen möglich, für die das Kapital vorläufig fehlt.

Im Rahmen Westdeutschlands ist diese Aufgabe nicht zu lösen, sondern lediglich in einer europäischen Wirtschaftsunion. Erst in ihr wird die neue internationale Arbeitsteilung möglich, die Absatz und Kapitalbeschaffung und damit die Investitionen und technischen Verbesserungen ermöglicht, durch die die Produktivität auf und über das deutsche Vorkriegsniveau gehoben werden kann. Kommt die Europa-Union nicht zustande, bleibt Deutschland isoliert wie jetzt, so wird seine technische und wissenschaftliche Kultur, die geistige Leistungsfähigkeit seiner Kopf- wie Handarbeiter auf niedrigem Niveau festgehalten, es kann nicht umfassend auf den Auslandsmärkten konkurrieren; kultureller und politischer Verfall („Rückfall in die Barbarei") sind dann nicht zu verhindern. Welche Formen unter solchen Bedingungen die Arbeitskämpfe annehmen werden, hängt von der politischen Entwicklung ab. Zur Erhöhung der Reallöhne können sie jedoch nicht führen, sondern nur zu einer Lohnpreisspirale, wie dies 1946/47 in Frankreich der Fall war.

Die Marshallplanhilfe, die Westdeutschland bisher zugedacht ist, reicht zur Abwendung dieser Gefahren nicht aus. Welches Ausmaß von Investitionen erforderlich ist, lehrt ein Blick nach England, wo die Bevölkerungszahl und Produktionsstruktur ähnlich sind, wo es aber im Vergleich zu uns keine nennenswerten Kriegsverwüstungen, keine Flüchtlingseinwanderung, keinen Verlust der Handelsflotte und keine Zwangsliquidierung der Auslandswerte gegeben hat. Der Zusammenfall von Marshallplan und Währungsreform hat zu gefährlichen Illusionen

über die weiteren Möglichkeiten einer deutschen Produktivitätssteigerung aus eigener Kraft geführt, sowohl im Ausland wie in deutschen Amtsstellen. Nur durch die Zerstörung dieser Illusionen kann die Lohndiskussion aus der Sphäre des Unwirklichen, in der sie gegenwärtig von einigen Seiten geführt wird, wieder herausgehoben werden.

USA UND EUROPA

Das New Deal und die französische Volksfront trieben eine analoge Lohnpolitik. Beide erhöhten den Reallohn mit einer Doppelabsicht: 1. Krisenüberwindung durch Verbrauchsbelebung; 2. Nachholen überfälliger sozialpolitischer Verbesserungen (Sozialversicherung, bezahlter Urlaub, Sicherung des Koalitionsrechts usw.). Beide wirkten entgegengesetzt: Während die Kostenerhöhungen in Frankreich über Preiserhöhung zu Produktionsrückgang führten, konnten sie im Rahmen des New Deal durch Einführung und Verbesserung arbeitsparender Maschinen ausgeglichen werden. Zwar fanden echte Neuinvestitionen auch in den USA. nicht statt, aber die Anpassung an die höheren Reallöhne führte wenigstens zu gewissen Ersatzinvestitionen. Die Lohnpolitik des New Deal wirkte also konjunkturstabilisierend, wenn auch nicht oder nicht hauptsächlich in direkter Weise durch Verbrauchsbelebung, wie es dem Brain Trust vorschwebte. Dieser Vergleich führt auf den Hauptunterschied zwischen der nordamerikanischen und der europäischen Industrie. In den USA herrscht eine lebhafte technische Entwicklung, eine unaufhörliche, durch die Krise nicht unterbrochene Erhöhung der Produktivität, durch die Reallohnerhöhungen jederzeit kostenmäßig ausgeglichen werden, die also fortschrittlich wirkt. Die niedrigere Produktivität und langsamere Entwicklung der europäischen Länder erschwert dagegen jede echte Reallohnerhöhung. Nur durch eine Wirtschaftsunion könnte Europa zu einem einheitlichen Binnenmarkt mit etwa der doppelten Bevölkerungszahl wie die USA gelangen und dadurch ähnliche Möglichkeiten zu kostensenkender Massenproduktion und damit zu gleichem Wohlstand und gleicher sozialer Stabilität wie die USA erhalten. Ohne solche Stabilität kann sich Europa nicht auf die Dauer gegen den Kommunismus behaupten.

Im ersten Weltkrieg entwickelten die USA die ihrer Marktgröße entsprechenden Massenproduktions-Methoden. Die niedrigen Stückkosten sicherten ihnen den entscheidenden Vorsprung vor den europäischen Industrienationen. Nach dem ersten Weltkrieg verdrängten sie durch ihre höhere Produktivität, d. h. niedrigeren Preise und günstigeren Zahlungsbedingungen, die europäischen Fertigwaren aus ihren wichtigen Absatzgebieten. Die britische und französische Industrie, die im Besitz geschützter Absatzgebiete waren, konnten diese Marktverluste hinnehmen; die deutsche und japanische Industrie, die über keinerlei abhängige Märkte verfügten, hatten keine Ausweichmöglichkeiten, für sie gab es nur die Möglichkeit scharfer Konkurrenz, also Nachahmung der nordamerikanischen „Rationalisierung". Die Erhöhung der deutschen und japanischen Produktionskapazität über die echten Absatzmöglichkeiten hinaus war das ökonomische Motiv für das Expansionsstreben dieser beider Mächte vor und im zweiten Weltkrieg.

Während die Kriegsaufgaben, Kriegsverwüstungen und Kriegsfolgen seit 1940 und vollends 1945 in Deutschland und Japan zu einem scharfen Rückgang von Produktion und Produktivität führten, der durch Demontagen und Produktionsverbote in Deutschland auf absehbare Zeit noch fortgesetzt wird — in Japan sind Demontagen und Produktionsverbote seit 13. Mai 1949 beendigt —, leben die USA seit 1941 wieder in Prosperität mit bedeutender Zunahme der Produktion, Produktivität, Beschäftigung und Verbrauchereinkommen.

PRODUKTIVITÄT UND REALLOHN IN DEN USA

Die neuen technischen Entwicklungen der Kriegszeit werden nicht mit Unrecht als eine „zweite industrielle Revolution" gekennzeichnet, deren wirtschaftliche Bedeutung in den USA selber anscheinend unterschätzt worden ist. Denn dort erwartete man spätestens für 1947 einen Konjunkturzusammenbruch. Tatsächlich wurde die Hochkonjunktur bis 1949 durch die großen, von den neuen technischen Errungenschaften ausgelösten Investitionen aufrechterhalten. Auch die Nominallöhne haben erheblich zugenommen. Ob auch die Reallöhne gestiegen sind, ist umstritten. Ihre Veränderung ist zweifellos nicht erheblich. In großen Arbeitskämpfen seit 1941 haben die Gewerkschaften in der Hauptsache nur erreicht, daß die Löhne mit den Preisen Schritt hielten. Welchen Weg diese Entwicklung bei dem seit etwa einem dreiviertel Jahr allmählich eingetretenen Preisrückgang einschlagen wird, läßt sich noch nicht erkennen.

In den „Economic News", Brisbane, vom Juli-August 1948 wird auf Grund amerikanischer Arbeiten des National Bureau of Economic Research (S. S. Kuznets und S. Fabricant) versucht, die tatsächliche Prokutivitätssteigerung in den USA seit 1939 zu berechnen. Die Schwierigkeit besteht darin, die in den Indizes nicht zum Ausdruck kommende Verschiebung in der Zusammensetzung des amerikanischen Sozialprodukts und Massenkonsums und die von den Indizes abweichenden wirklichen Preisdurchschnitte richtig zu erfassen. Während in Preisen jedes Jahres ausgedrückt das Volkseinkommen der USA von 72,5 Mrd. $ (1939) auf etwas mehr als 200 Mrd. $ (1947—48), also fast das Dreifache stieg, betrug die Realzunahme, ausgedrückt in Preisen von 1939, nach der australischen Zeitschrift nur etwas mehr als die Hälfte (von 90 auf etwa 140 Mrd. $). Die Zahl der Berufstätigen (ohne Wehrmacht) vermehrte sich um ein Drittel, von etwa 45 auf nahezu 60 Mill., die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger entsprechend von nahezu 33 auf nahezu 46 Mill. Für die Durchschnittsproduktivität aller USA-Erwerbstätigen berechnen die Australier eine etwa 20 %ige Zunahme 1939—48,

von 1 auf 1,2 internationale Einheiten je Arbeitsstunde (Großbritannien: 0,6 i. E.). Wenn man annimmt, daß die Reallöhne etwa gleich geblieben sind, so erklärt sich leicht die sehr bedeutende Zunahme der Profite, aus denen bis 1948 bedeutende inneramerikanische Investitionen gespeist worden sind und über 20 Mrd. auswärtige Hilfszahlungen seit Kriegsende geleistet werden konnten.

REALLOHN UND MASSENWOHLSTAND

Das Gleichbleiben der Reallöhne bedeutet jedoch kein Gleichbleiben des amerikanischen Massenwohlstandes. Denn die Zahl der Erwerbstätigen hat sich vermehrt. Neue Bevölkerungsgruppen sind herangezogen worden, insbesondere die Neger. Diese waren in erheblichen Teilen der USA bisher nicht gleichberechtigt. Insbesondere empfand es die Industrie der nördlichen Gegenden seit 1941 als einen Nachteil, daß die Neger in allgemeiner Erziehung und Berufsausbildung benachteiligt werden. Da Industrie- und Landarbeiter knapp wurden, versuchte man es vielfach mit Negern und fand sie voll geeignet. Dadurch kam der Kampf um die zivile Gleichberechtigung der Neger in Gang, die durch Präsident Truman zum Wahl- und Regierungsprogramm erhoben, vom Senat jedoch vorerst zu Fall gebracht worden ist. Das Eindringen der „Zivilrechte" in den Südosten verwandelt diesen aus einem rückständigen in ein fortschrittliches Gebiet. Dazu trug auch bei, daß die Kohlenbergleute unter Führung von John Lewis schon 1942—43 die Lohngleichheit der südlichen mit den nördlichen Revieren durchsetzten. Die Arbeitgeber des Südostens verteidigten hartnäckig die rückständigen Arbeitsmethoden, die mit Lohnerhöhung und Zivilrechten unvereinbar sind; die Fortschrittlichkeit des Südostens wird gegen ihren Widerstand durch sozialpolitische Verbesserungen herbeigeführt.

Noch 1940 schätzten die besten statistischen und medizinischen Autoritäten, daß etwa ein Drittel der nordamerikanischen Nation, 45 Millionen Menschen, unhygienisch wohnten, unterernährt und ohne ärztliche Versorgung waren. Ein erheblicher Teil dieser Elendsmasse ist durch die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung in die moderne Industrie hineingewachsen, und dieser Vorgang dauert noch an. D. h. sie kommen in den Genuß des hohen Reallohns der führenden Industrien. Dieser Reallohn bedeutet zugleich das Hineinwachsen in den hohen Stand der naturwissenschaftlich-technischen Bildung, den die moderne Industrie und die durchindustrialisierte Landwirtschaft erfordern.

Auf dieser Grundlage beruht die Politik der Präsidenten Roosevelt und Truman, insbesondere des letzteren. Indem breite Massen neu in den nordamerikanischen Wohlstand hineinwachsen, werden sie zugleich Glieder der nordamerikanischen Demokratie. Die gesamte Arbeiterschaft erringt das vor 18 Jahren erst für einen kleinen Teil bestehende, aber damals prekäre Koalitionsrecht, und die Gewerkschaften werden zu maßgebenden politischen Faktoren, ähnlich wie in England.

Diese Entwicklung vollzieht sich nicht reibungslos, sondern unter heftigen Kämpfen. Die nordamerikanische Demokratie besitzt jedoch die Kraft, Übertreibungen des Kampfes von beiden Seiten entgegenzuwirken. Beide Parteien müssen sich vor der öffentlichen Meinung der Nation ins Recht zu setzen suchen, und sie wissen das.

Einkommensverschiebungen in Großbritannien

Dr. G. Abrahamson, London

Angesichts der Einkommensverschiebungen, die sich in Großbritannien in den letzten zehn Jahren vollzogen haben, hat man mit Recht von einer sozialen Revolution gesprochen, und künftige Generationen werden vielleicht den Umschwung in der Einkommensschichtung und seine Auswirkungen auf Lebenshaltung und Lebensstil als die bedeutendste und nachhaltigste Kriegsfolge ansehen. Die amtlichen Statistiken zeigen diesen Wandel in nackten Ziffern: Zwischen 1938 und 1948 erhöhten die Lohnempfänger ihren Anteil am Nationaleinkommen (nach Steuerabzug) von 39 auf 48 %. Gleichzeitig sank der Anteil der Gehälter von 24 auf 21, der der Zins- und Mieteinnahmen von 24 auf 17 %. Von 11 auf 14 % erhöhte gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmergewinne gleichen den letzteren Rückgang nur teilweise aus. Man könnte fast sagen: Die Arbeiterschaft war diesmal der Kriegsgewinnler.

Gewiß ist die Besserstellung des englischen Arbeiters nicht unverdient. Die höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen sind, besonders in den unterbemannten und vor dem Krieg durch Absatzmangel und Arbeitslosigkeit bedrückten Stapelindustrien, nur eine verspätete Anerkennung der Unhaltbarkeit des früheren Zustandes. Zum Teil sind sie der Ausdruck gesteigerter Anstrengungen, zunehmender Mitarbeit der Frauen, erhöhter Produktivität. Aber im Mittelstand, besonders bei den Festbesoldeten, in deren Familien die Hausfrau auch mehr und mehr zur Mitverdienerin wird, ist die Belohnung für vergrößerte Anstrengungen bisher ausgeblieben — mit dem Ergebnis, daß zwischen Arbeitern und Angestellten eine gewisse Nivellierung Platz greift, ebenso wie auf einer höheren Ebene niedrigere Kapitaleinkünfte und hohe Steuern den Grund- und Kapitalbesitzer dazu zwingen, zum aktiven Farmer oder Unternehmer zu werden.